

Rede von **Dieter Reicherter**, Vors. Richter a.D., auf der 206. Montagsdemo am 20.1.2013

Liebe Demonstrantinnen und Demonstranten,

an der Anrede sollt Ihr schon merken, dass es heute um ein spezielles Thema geht, nämlich um die Zukunft der Montagsdemos. Ich kann und will nur dazu beitragen, ruhig und sachlich die jetzige Situation abzuwägen. Wir müssen alle Meinungen in unserer Bewegung ernst nehmen. Dazu gehört auch ein respektvoller Umgang miteinander. Keiner hat das Recht, den Anderen zu bevormunden.

Auch wenn wir untereinander um eine tragfähige Lösung ringen, muss das eine Diskussion unter Freunden sein. Unsere Gegner sind nicht das Demo-Team, das Aktionsbündnis, einzelne Gruppen in der Bewegung, auch nicht Menschen, die tagsüber hart gearbeitet haben und am Montagabend möglichst schnell nach Hause kommen wollen. Unsere Gegner sind vielmehr diejenigen, die ein Wahnsinnsprojekt betreiben und fördern. Unsere Aufgabe ist es, Lügnern und Betrügern die Masken vom Gesicht zu reißen und nüchtern und sachlich darüber aufzuklären; ebenso, wenn Verantwortliche ihre Aufgabe nicht erfüllen, seien es Abgeordnete, die sich belügen und täuschen lassen, seien es Amtsträger, die ihren Amtseid und die Verfassung verletzen, seien es Medien, die nicht objektiv berichten.

All diesen Gegnern arbeiten wir zur Zeit leider in die Hände. Ihnen ist es gelungen, manche von uns wegen Differenzen zum Ort der Demo und zur Zukunft des Aktionsbündnisses gegeneinander aufzubringen und uns in der Öffentlichkeit als Chaoten darzustellen. Damit lenken sie erfolgreich vom eigentlichen Skandal und Chaos, nämlich der Weiterführung des Projekts, ab. Deshalb ärgern wir mit unseren Aktionen und Diskussionen diese Gegner nicht, sondern sorgen bei ihnen nur für Freude. Wer erwartet im Ernst, einen Herrn Schairer zu beeindrucken, der uns schon am 30.9.2010 im Schlossgarten im Stich gelassen hat?

Eigentlich soll ich zur juristischen Seite, also zum Versammlungsrecht, sprechen. Aber das wollte ich trotzdem los werden. Juristisch geht, was die Durchführung einer Kundgebung auf dem Arnulf-Klett-Platz betrifft, zumindest auf die Schnelle gar nichts. Bei den gerichtlichen Eilentscheidungen bis hin zum Bundesverfassungsgericht sind wir unterlegen. Ob das juristisch richtig oder falsch war, wird weiter diskutiert werden müssen. Das führt aber im Moment überhaupt nicht weiter. Die Argumentation des Verwaltungsgerichtshofs in der Eilentscheidung zu Demos im Dezember passt zu 100 % auf alle Montage das ganze Jahr über. Es ist klar, dass neue Eilverfahren gegen die Versammlungsbescheide der Stadt Stuttgart, die diese rechtliche Argumentation natürlich gerne übernommen hat, keinerlei Erfolgsaussichten haben und nur unnütz Kraft und Geld vergeuden. Man müsste ja gegen jeden einzelnen Versammlungsbescheid durch alle Instanzen gehen.

Eine endgültige Klärung unseres Versammlungsrechts und damit eine Änderung dieser rechtlichen Situation kann daher erst in einem sogenannten Hauptsacheverfahren erfolgen, das mit Sicherheit einige Jahre dauern wird. So lange können und wollen wir nicht warten. Realistisch gibt es daher auf absehbare Zeit keine Chance, eine regelmäßige Kundgebung auf dem Arnulf-Klett-Platz abzuhalten. Dazu müsste man ja zum Beispiel eine Bühne aufbauen, was rein technisch bei dieser juristischen Situation nicht zu bewerkstelligen ist. In der Lautenschlagerstraße ist ein solcher Aufbau und damit eine Kundgebung auch nicht möglich.

Die an den letzten Montagen üblich gewordene spontane Benutzung der Fahrbahn am Arnulf-Klett-Platz ersetzt in meinen Augen die Kundgebung nicht, die zum Austausch und zur Information der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wichtig ist. Sie führt dann zu einer Spaltung zwischen denjenigen, die die angemeldete Demoroute benutzen, und den anderen und macht ein einigermaßen gleichzeitiges Eintreffen am Kundgebungsort unmöglich. Das führt dazu, dass viele an der eigentlichen Kundgebung gar nicht mehr teilnehmen, weil sie zu früh oder zu spät am Veranstaltungsort eintreffen oder gar nicht mehr hingehen. Und die Versammlungsleiterin kommt in Teufels Küche und wird der Gefahr erheblicher juristischer Konsequenzen bis hin zur Haftung bei Unfällen ausgesetzt.

Wenn man – so wie ich – die Kundgebung für ebenso wichtig wie den Demonstrationzug hält, bleibt meines Erachtens nur die Möglichkeit, mit der Kundgebung an einem verlässlichen und technisch machbaren Ort zu beginnen, der auch allen bekannt ist, die nicht jeden Montag dabei sind. Anschließend können der Demozug und sonstige Aktionen je nach aktuellem Anlass so wie heute zu verschiedenen Orten führen.

Ich persönlich habe mit dem Marktplatz kein Problem, weil es ein zentraler Ort ist und wir den Stadtoberen heimleuchten können. Den Ort nur deswegen abzulehnen, weil ihn auch die Stadt vorgeschlagen hat, schränkt uns in einer Weise ein, die höchstens unsere Gegner freuen kann, die mit diesem Vorschlag ja offensichtlich Unruhe stiften wollten. Das Ziel für den anschließenden Demozug kann durchaus der Bahnhof sein, aber auch andere Ziele sind wichtig. Wir müssen wieder zeigen, dass es nicht nur um einen Bahnhof geht, sondern um ein dahinter stehendes System. Warum geben wir dabei den Personen und Institutionen, die dahinter stecken, nicht ein Gesicht?

Zum Beispiel gehören die Direktoren unseres Provinzflughafens, die Hunderte von Millionen für den Anschluss mit Murksbahnhof und Tunnel als Todesfalle ausgeben, zu den Großverdienern unserer öffentlichen Unternehmen. Sie würden sich genauso wie Projektsprecher Dietrich und die für ein sich abzeichnendes Stadtbahnchaos verantwortliche SSB über unseren Besuch freuen. Und gerade ist wieder der Rosensteinpark ein wichtiger Ort. Den uralten Bäumen und geschützten Tieren ist es nämlich egal, ob sie für einen Auto- oder für einen Eisenbahntunnel geschreddert werden.

Wir dürfen unseren Versammlungsort nicht zur spaltenden Glaubensfrage machen, sondern müssen kühl kalkulieren, womit wir am meisten erreichen, auch und gerade bei denjenigen, die wir überzeugen wollen und ohne deren Unterstützung wir realistisch keine Chancen haben. Und das ist auch und gerade die Bürgerschaft, die hier wohnt oder arbeitet und die gerade erfolgreich gegen uns aufgehetzt wird. Dabei haben wir gerade diesen Menschen viel und Wichtiges zu sagen, was verhindert wird, wenn sie uns nicht vertrauen. Zum Beispiel müssen wir vielen tausend Besitzern von Häusern und Eigentumswohnungen, die von Tunnel- und anderen Bauarbeiten betroffen sind, klar machen, dass sie bei Schäden durch die Arbeiten keinerlei Aussicht haben werden, auf gerichtlichem Weg Schadenersatz zu bekommen.

Ebenso wichtig ist es für uns, Menschen für Unterschriften bei den Bürgerbegehren „Storno 21“ und „Leistungsrückbau S21“ zu gewinnen, wobei ich persönlich auch noch das Bürgerbegehren „Fernwärme“ des Wasserforums empfehlen möchte.

Ihr seht, es gibt eine Menge zu tun. Packen wir es an und kämpfen nach außen und nicht nach innen, damit wir

OBEN BLEIBEN !